

Erinnern – eine Brücke in die Zukunft

Am 1. September 1939 beginnt der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen, - da ist der erste große Weltkrieg gerade mal 20 Jahre vorbei.

Durch die Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1932 *sehen* immer größere Kreise der Industrie die Lösung ihrer Probleme darin, in Deutschland einem starken „Führer“ an die Macht zu verhelfen. Durch Aufrüstung sollte ein sowohl militärisch als auch wirtschaftlich starkes Deutschland wiederhergestellt werden. Am 4. Januar 1933 vermittelt der Kölner Bankier Kurt von Schröder ein geheimes Treffen Hitlers mit dem ehemaligen Reichskanzler von Papen in seinem Haus am Lindenthalgürtel. Hier werden die Weichen für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP gestellt: Am 30. Januar 1933 ernennt Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Wenige Tage nach der Machtübernahme der NSDAP verkündet Hitler noch, Deutschland beabsichtige „für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor“. Aber schon am 14. Oktober 1933 erklärt die deutsche Regierung den Austritt aus dem Völkerbund. An Verträge und Konfliktvereinbarungen für den Erhalt des Friedens fühlen sie sich nicht mehr gebunden. Im März 1935 wird die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. In Köln marschieren am 7. März 1936 drei Bataillone der Wehrmacht über die Hohenzollernbrücke und rücken in den bis dahin entmilitarisierten Westen des Landes ein, – eine perfekte Inszenierung des Kriegswillens – und ein Bruch des Versailler Vertrages.

Deutschland ist auf dem Weg, wieder militärische Großmacht zu werden – aber Frankreich, England, Italien halten still; der Völkerbund hält still. So können die Grenze im Westen des Deutschen Reiches militärisch befestigt und das wirtschaftlich und rüstungspolitisch so wichtige Ruhrgebiet militärisch abgesichert werden. Die Aufrüstung gewinnt an Fahrt.

Köln ist zwar keine Waffenschmiede, aber auch hier profitieren Großbetriebe jetzt von der Herstellung kriegswichtiger Maschinen. Zahlreiche Unternehmen erhalten Rüstungsaufträge: Felten & Guillaume in Mülheim, die Humboldt-Deutz-AG in Kalk, die BAMAG (Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG) in Bayenthal, die Pohlig AG für Transport-, Geräte- und Stahlhochbrückenbau in Zollstock, die Vulkan AG für Gusswarenproduktion in Ehrenfeld, West Waggon in Deutz. Die Glanzstoff Courtaulds GmbH in Niehl produziert Zellwolle für den Wehrmachtsbedarf, Brüggelmann & Söhne

in der Altstadt Uniformen für NSDAP und Wehrmacht. Die Ford-Werke – mehrheitlich in US-amerikanischem Besitz – sind mit der Produktion von Fahrzeugen und Motoren für die Front am Rüstungsgeschäft beteiligt. Die Rheinische Gummiwarenfabrik AG Franz Clouth in Nippes fertigt Autoreifen für Wehrmachtsfahrzeuge. Auch der Bau des Westwalls macht Kölner Firmen reich.

Der durch die Rüstung bewirkte wirtschaftliche Aufschwung und die damit geschaffenen Arbeitsplätze erzeugen Wohlwollen bei vielen Kölnerinnen und Kölnern. Wie konnten sie die Opfer und Verheerungen des letzten Krieges so schnell vergessen? Wie konnten sie auf die erneute Kriegspropaganda hereinfließen und sich dem Revanchismus hingeben? Wer widersteht der Kriegshetze, wo finden sich KriegsgegnerInnen? Und wie sieht es in den Fabriken aus? Wer arbeitete dort noch und unter welchen Bedingungen, als immer mehr Männer an die Front geschickt wurden?

Am Tag der Befreiung von Auschwitz gedenken wir aller Opfer der NS-Diktatur. Im Jahr 2019 wollen wir den Blick auf diejenigen Kölnerinnen und Kölner lenken, die Opfer des verbrecherischen Zweiten Weltkriegs wurden, als KriegsgegnerInnen verfolgt wurden, als Zwangsrekrutierte in den Rüstungsbetrieben schufteten, und in den Tod getrieben wurden. Wir nehmen in diesem Jahr auch die Gruppe der Zeugen Jehovas in den Blick. Ihre unnachgiebige Weigerung keinerlei Dienst an der Waffe zu leisten, war Anlass für unzählige staatliche Verfolgungsmaßnahmen. Und wir benennen auch diejenigen, die für diesen Krieg produzierten und von ihm profitierten.

An vielen Stellen dieser Welt werden aktuell Kriege geführt. Deutschland ist derzeit der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Die gelieferten Waffen feuern bestehende Konflikte an, vor denen Menschen fliehen und – auch in Deutschland – Schutz suchen. Diese Flüchtlinge und andere MigrantInnen werden aber ungeachtet der deutschen Mitverantwortung für Fluchtursachen von PopulistInnen als Sündenböcke für soziale Probleme benutzt, um in der Bevölkerung Hass und ein rassistisches Weltbild zu verankern. Durch die Mitgliedschaft in der UNO und weiteren internationalen Pakten hat sich der deutsche Staat allerdings dazu verpflichtet, den Schutz der Schwächeren, das Einhalten von sozialen und ökonomischen Menschenrechten zu gewährleisten. Diese Ziele dürfen nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Gerade in diesen Tagen ist der Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald vom April 1945 immer noch aktuell: *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“*.